Wer wird gehört, für wen wird geplant? Eine Perspektive zu feministischer Stadtentwicklung am Beispiel der Stadt Erfurt

Luise Keffel & Birgit Meusel

Stadtentwicklung und Stadtplanung sind zentrale Felder demokratischer Aushandlung, da sie darüber entscheiden, wessen Bedürfnisse und Lebensrealitäten im Stadtraum berücksichtigt werden. Feministische Stadtplanung zielt darauf ab, strukturelle Ungleichheiten sichtbar zu machen und Teilhabe für marginalisierte Gruppen zu verbessern. Trotz ihrer wissenschaftlichen Etablierung stößt sie im kommunalpolitischen Alltag häufig auf Widerstände, die weniger fachlich als diskursiv und machtstrukturell begründet sind. Anhand kommunalpolitischer Erfahrungen der Fraktion Mehrwertstadt im Erfurter Stadtrat sowie empirischer Beispiele wird deutlich, wie Sprache, institutionelle Strukturen und Repräsentationsverhältnisse feministische Perspektiven begrenzen. Gleichzeitig zeigen Studien zu Mobilität, Care-Arbeit und Bewegung, dass fehlende geschlechtersensible Planung konkrete Auswirkungen auf Sicherheit, Nutzung und Lebensqualität hat. Stadtentwicklung erweist sich damit nicht als neutraler Prozess, sondern als Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Feministische Stadtplanung bleibt vor diesem Hintergrund ein notwendiger Ansatz zur Verwirklichung einer Stadt für alle.

Empfohlene Zitierung:

Keffel, Luise/Meusel, Birgit (2026). Wer wird gehört, für wen wird geplant? Eine Perspektive zu feministischer Stadtentwicklung am Beispiel der Stadt Erfurt. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 30–43.

Schlagwörter:

*Feministische Stadtplanung, Kommunalpolitik, politischer Diskurs, Wähler*inneninitiative*

„EIN ZENTRALER AUFTRAG BESTEHT DARIN, DIE FEMINISTISCHE PERSPEKTIVE BEWUSST EINZUNEHMEN UND KONTINUIERLICH DARAUF HINZUWIRKEN, DASS SIE MITGEDACHT WIRD.“

Luise Keffel & Birgit Meusel

Städte befinden sich in permanentem Wandel und spiegeln gesellschaftliche Entwicklungen wider, geprägt von Auf- und Abwertungen durch aktuelle Transformationen wie beispielsweise Wachstum und Schrumpfung (Jakubowski 2005). Stadtentwicklung ist dabei stets ein Aushandlungsprozess und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. In politischen Gremien wird über soziale Infrastrukturen, Begrünung, Straßen und öffentliche Räume entschieden (Erfurt 2025a, 36). Diese Entscheidungen beeinflussen maßgeblich Teilhabe, Sichtbarkeit und Lebensqualität in Kommunen und Quartieren.

Stadtentwicklung ist ein Aushandlungsprozess und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. In politischen Gremien wird über soziale Infrastrukturen, Begrünung, Straßen und öffentliche Räume entschieden.

Trotz ihrer wissenschaftlichen Etablierung (Kern 2020; Jackowska und Novas Ferradás 2022) stoßen feministische Ansätze in der Stadtplanung im kommunalpolitischen Alltag häufig auf Widerstände. Anhand von Beobachtungen aus der Arbeit der Wähler*innengruppe *Mehrwertstadt*[1] in Erfurt zeigt dieses Essay exemplarisch, dass feministische Planungskonzepte in der Praxis oft nicht verhandelbar sind und Debatten sich dabei vom Sachlichen auf eine symbolisch-diskursive Ebene verlagern. Die Frage, die sich daraus ableiten lässt, lautet: Warum stößt feministische Stadtplanung in der Kommunalpolitik auf Widerstand und wie wirkt sich das auf demokratische Teilhabe aus?

Aufgaben für Stadtentwicklung und Stadtplanung aus feministischen Perspektiven

In Wissenschaft und Fachdisziplinen wie der feministischen Geografie gewinnt die Relevanz care-zentrierter Perspektiven auf Stadtentwicklung an Bedeutung. Begriffe wie „feministische Stadtplanung" oder „sorgende Städte" bündeln diesen Diskurs und vereinen unterschiedliche Forschungsansätze. Ziel ist es, Stadt als sozialen Raum für alle zu denken und sich an vielfältigen Lebensrealitäten sowie an Aspekten wie Care-Arbeit, Mobilität, Sicherheit, Barrierefreiheit und kollektiver Nutzbarkeit zu orientieren (Fabricius et al. 2025, 202). Feministische Stadtplanung befasst sich dabei u. a. mit Bewegungen im öffentlichen Raum, dem Zugang zu Care-Infrastrukturen und der Einbindung marginalisierter Gruppen in Planungsprozesse.

1 Die Mehrwertstadt stellt bereits in der zweiten Wahlperiode eine Fraktion im Erfurter Stadtrat und hat sich 2018 aus verschiedenen Bewegungen heraus gegründet. Die Mehrwertstadt arbeitet unter dem Slogan „Gemeinsam für eine lebenswerte, lebendige Stadt". Sie setzt sich für eine Politik für alle Menschen in der Stadt ein.

In einer Fallstudie der Agentur Architektoniczki wurde das Verhalten von *Mädchen* und *Jungen*[2] auf Schulhöfen von Grundschulen in Katalonien analysiert. Über ein Jahr hinweg dokumentierte das Team die Bewegungsmuster der Kinder. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen körperlich aktiven und (unfreiwillig) körperlich unaktiveren Kindern. Erste vorläufige Ergebnisse der Untersuchung weisen darauf hin, dass die aktive Gruppe überwiegend aus Jungen und die weniger aktive Gruppe vor allem aus Mädchen besteht. Diese Muster verstärken sich insbesondere in sportplatzzentrierten Räumen (Subramanian et al. 2023, 45). Auch das Bewegungsverhalten älterer Kinder und Jugendlicher in Deutschland verdeutlicht geschlechtsspezifische Unterschiede: Laut Journal of Health Monitoring erreichen lediglich 10 % der Mädchen, 21 % der Jungen und 12 % der gender-diversen Jugendlichen die tägliche Bewegungsempfehlung (Robert Koch-Institut 2024, 68).

Abbildung 1: Fassadengestaltung Erfurter Turnhalle (anonymisiert)

Ein weiteres Beispiel, diesmal auf symbolischer Ebene, zeigt die Fassadengestaltung einer Erfurter Turnhalle, auf der nahezu ausschließlich Männer beim Sport dargestellt sind (vgl. Abbildung 1). Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund geringer Bewegungsaktivität von Mädchen problematisch. Die fehlende Sichtbarkeit von Sportlerinnen

Eine fehlende Sichtbarkeit von Sportlerinnen hat nachweisbare Konsequenzen: Laut der KIM-Studie 2022 haben lediglich 5 % der Mädchen ein sportliches Vorbild.

2 Die Begriffe *Frau* und *Mädchen* sowie *Mann* und *Junge* sind als Beschreibung des sozialen Geschlechts zu verstehen. Damit ist eine Person gemeint, die in der Gesellschaft als weiblich bzw. männlich angesehen und dementsprechend behandelt wird.

hat nachweisbare Konsequenzen: Laut der KIM-Studie 2022 haben lediglich 5 % der Mädchen ein sportliches Vorbild gegenüber 54 % der Jungen (mpfs 2022, 20).

Für die Stadtplanung ergibt sich daraus die Aufgabe, öffentliche Räume so zu gestalten, dass sie für alle funktionieren. Eine feministische Perspektive auf Stadt beschränkt sich dabei nicht auf das Design, sondern umfasst unterschiedliche Aspekte des Alltags der Anwohnenden. Leitlinien für eine feministische Stadtplanung sollten sein:

- nutzbare und sichere öffentliche Räume für alle,
- Orientierung der Planung am Alltag vielfältiger Lebensrealitäten,
- Barrierefreiheit, gute Erreichbarkeit und kurze Wege,
- breite, inklusive Beteiligung,
- Fokus auf soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, nicht nur auf Design (Hoelzel 2025).

Caroline Criado-Perez (2020) zeigt in ihrem Buch „Unsichtbare Frauen", dass sich Mobilitätsmuster nach Geschlecht unterscheiden. Internationale Daten belegen, dass Frauen Alltagswege überdurchschnittlich häufig zu Fuß oder mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklegen, während Männer eher das Auto nutzen (The World Bank 2025). Dabei unterscheiden sich nicht nur die Verkehrsmittel, sondern auch die Wegeführungen. Während Wege von Männern häufiger direkt sind, koordinieren Frauen aufgrund der Mehrbelastung durch unbezahlte Care-Arbeit komplexere Alltagswege. Criado-Perez veranschaulicht diese Unterschiede am Beispiel des Schneeräumplans der schwedischen Stadt Karlskoga. Dort wurden 2011 zunächst die Hauptverkehrsadern priorisiert geräumt, während Fuß- und Fahrradwege zuletzt berücksichtigt wurden. Aufgrund unterschiedlicher Mobilitätsmuster waren Frauen dadurch stärker von Verletzungen durch Ausrutschen betroffen als Männer, sodass der Schneeräumplan nicht genderneutral war. Nach der Umstellung des Plans, bei der Fuß- und Fahrradwege zuerst geräumt wurden, gingen die Unfallzahlen deutlich zurück. Das führte zugleich zu Einsparungen für die Kommune. Auch wenn der Schneeräumplan nicht bewusst zum Nachteil von Frauen gestaltet war, zeigt dieses Beispiel, wie weibliche Perspektiven in städtischen Abläufen häufig fehlen (Criado-Perez 2020, 51–74).

Ein Beispiel aus der schwedischen Stadt Karlskoga zeigt: Zuerst wurden die Hauptverkehrsadern geräumt, zuletzt die Fuß- und Fahrradwege. Aufgrund unterschiedlicher Mobilitätsmuster waren Frauen stärker von Verletzungen durch Ausrutschen betroffen als Männer.

Eine ganzheitliche Stadtentwicklung unter Berücksichtigung aller Perspektiven ist nur schwer erreichbar. Zwar soll Stadtplanung allen Menschen zugutekommen, doch Entscheidungen über Projekte und Abläufe liegen bei wenigen Akteur*innen in Verwaltung und Politik und sind zusätzlich von Faktoren wie Haushaltslage und Förderprogrammen abhängig. In politischen Gremien und Planungsbehörden wird festgelegt, welche Gruppen mit ihren Bedürfnissen in die Gestaltung von Stadträumen einbezogen werden und welche außen vor bleiben. Aus einer Perspektive der Teilhabe ergeben sich daraus zentrale Fragen:

- Für wen wird geplant?
- Wer wird durch Planung repräsentiert?
- Welche Bevölkerungsgruppen bleiben unsichtbar?

Mit Repräsentation ist hierbei vor allem die Sichtbarkeit sowie die Möglichkeit zur Identifikation und freien Bewegung im Stadtraum gemeint. Am Beispiel eines Beschlussvorschlags zur feministischen Stadtplanung aus dem Jahr 2023 werden diskursive Ausschlüsse im Erfurter Stadtrat untersucht.

Diskursive Ausschlüsse als demokratiepolitisches Problem

Obwohl kommunale Planung in vergleichsweise großem Maßstab stattfindet, lässt sich beobachten, dass sie von politischen Machtkämpfen geprägt ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass Stadtentwicklung nicht allein nach fachlichen, sondern nach strategischen Kriterien bewertet wird. Diese Verschiebung zeigt sich etwa daran, dass feministische Ansätze zunehmend unter dem Begriff der „sorgenden Stadt“ beziehungsweise „Caring City“ verhandelt werden. Dabei werden feministische Bezugspunkte weniger ausdrücklich benannt. Feministische Perspektiven stellen die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit sowie geschlechtsspezifische Machtverhältnisse in den Mittelpunkt. Das Konzept der „sorgenden Stadt“ setzt den Fokus stärker auf die räumlichen, infrastrukturellen und kommunalpolitischen Bedingungen von Care-Beziehungen (Huning und Müller 2025, 3–7). Zwar knüpft es damit an feministische Forschung und Kritik an und zielt auf den Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten. Zugleich zeigt diese begriffliche Verschiebung, dass feministische Anliegen in stadtpolitischen Kontexten häufig anschlussfähiger erscheinen, wenn sie nicht ausdrücklich als feministisch benannt sind. Dadurch besteht die Gefahr, dass die weiterhin überwiegend von Frauen getragene zusätzliche Care-Last durch die allgemeinere Perspektive auf Care-Arbeit abgeschwächt

Obwohl kommunale Planung in vergleichsweise großem Maßstab stattfindet, lässt sich beobachten, dass sie von politischen Machtkämpfen geprägt ist.

oder weniger sichtbar gemacht wird (Fried und Wischnewski 2024, 3 f.). Außer Acht bleiben dabei Ungleichheiten und bestehende Machtverhältnisse im urbanen Raum. Konzepten „sorgender Städte" wird dadurch mehr Aufmerksamkeit zuteil als explizit feministischer Stadtplanung. Das führt zu einer begrifflichen Unschärfe in der feministischen und gendergerechten Stadtplanung.

An der Schnittstelle von Verwaltung und Kommunalpolitik wirken strukturelle Faktoren nachteilig für feministische Stadtplanung.

In Erfurt erstellt die Stadtverwaltung zu jedem von einer Stadtratsfraktion eingebrachten Beschlussvorschlag vor der Beratung im zuständigen Fachausschuss eine Stellungnahme. Wird ein Beschlussvorschlag hingegen von der Verwaltung selbst eingebracht, erfolgt die inhaltliche Debatte ausschließlich im zuständigen Ausschuss. Die Ausschüsse setzen sich aus gewählten Ratsmitgliedern sowie sachkundigen Bürger*innen zusammen und werden durch Vertretungen der zuständigen Fachämter und der jeweiligen Dezernatsebene ergänzt.

An der Schnittstelle von Verwaltung und Kommunalpolitik wirken strukturelle Faktoren nachteilig für feministische Stadtplanung. In der vergangenen Wahlperiode ist der Stadtrat zu etwa zwei Dritteln männlich besetzt (Thüringer Allgemeine 2024). Im zuständigen Stadtentwicklungsausschuss[3] ist das Ungleichgewicht noch ausgeprägter: Frauen stellen dort nur rund ein Viertel der Mitglieder. Zum Zeitpunkt der hier im Beitrag skizzierten Debatte 2023 fehlte es somit deutlich an paritätischer Repräsentation (Erfurt 2025b). Selbstkritisch ist dabei auch festzuhalten, dass die Fraktion Mehrwertstadt zu diesem Zeitpunkt im Ausschuss ausschließlich durch Männer vertreten war. Insgesamt mangelt es im Ausschuss an vielfältigen Perspektiven. Das zeigt sich darin, dass spezifische Erfahrungs- und Lebensrealitäten von Frauen und FLINTA*[4], insbesondere im urbanen Alltag, in den Debatten und Beiträgen kaum berücksichtigt werden.

Die Gleichstellungsanalyse der Personalstatistik zeigte für das Jahr 2022 (Stand August), dass Frauen in der Verwaltung seltener Führungspositionen innehatten als Männer. Die Altersstruktur der Führungskräfte war überwiegend mittleren und höheren Alters zuzuordnen, während jüngere Führungskräfte kaum vertreten waren. Zudem arbeiteten weibliche Führungskräfte häufiger in Teilzeit als männliche. Stand 2022 arbeiteten 49 % aller weiblichen Beschäftigten und 90 % aller männlichen Beschäftigten in Vollzeit, 44 % der Frauen und 9 % der Männer in Teilzeit mit 75–99 %.

3 Der zuständige Fachausschuss in Erfurt heißt „Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr" (kurz SBUKV).

4 *FLINTA** ist eine Abkürzung und steht für für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen sowie weitere Geschlechtervielfalten.

In Teilzeit unter 75 % arbeiteten 7 % der Frauen und 2 % der Männer in der Verwaltung (Erfurt 2022). Weder Verwaltung noch Kommunalpolitik waren zum Debattenzeitpunkt (annähernd) paritätisch besetzt. Die Debatte wurde also mehrheitlich von Männern und damit mehrheitlich ohne die Repräsentation weiblicher Perspektiven und Erfahrungen geführt.

Kommunalpolitische Praxis am Beispiel des Erfurter Stadtrats

Ein zentraler Aspekt kommunalpolitischer Entscheidungsfindung ist ihr überwiegend ehrenamtlicher Charakter, der mit hohem Zeitaufwand und einer Vielzahl komplexer Themen einhergeht. Eine Studie zur Rolle der Kommunalpolitik in der Stadtentwicklung und Bürger*innenbeteiligung im Auftrag der vhw Forschung zeigt, dass eine notwendige Einarbeitung in Sachfragen und rechtliche Grundlagen häufig an begrenzten zeitlichen Ressourcen scheitert, während parteipolitische Auseinandersetzungen einen erheblichen Teil der verfügbaren Zeit beanspruchen (Brandt et al. 2021, 4).

Anhand der Erfahrungen der Fraktion Mehrwertstadt wird deutlich, welchen Hürden feministische Stadtplanung auf kommunaler Ebene begegnet. Beobachtet werden kann, dass bereits der Begriff polarisierend wirkt und dazu führt, dass Debatten vom Inhalt abgelenkt oder Vorschläge aufgrund ihrer Bezeichnung zurückgewiesen werden. Kann der Fokus auf betroffene Bevölkerungsgruppen bereits sprachlich nicht gesetzt werden, handelt es sich nicht nur um ein patriarchales Machtspiel oder kulturelles Missverständnis, sondern um ein strukturelles Problem, mit Auswirkungen auf demokratische Teilhabe und die Identifikation marginalisierter Gruppen mit ihrem Wohnumfeld. Was im Stadtrat nicht benannt wird, kann weder verhandelt noch planerisch berücksichtigt werden. Während Konzepten der „sorgenden Stadt“ zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird, bleibt feministische Stadtplanung begrifflich umstritten.

Kann der Fokus auf betroffene Bevölkerungsgruppen bereits sprachlich nicht gesetzt werden, handelt es sich um ein strukturelles Problem, mit Auswirkungen auf demokratische Teilhabe und die Identifikation marginalisierter Gruppen mit ihrem Wohnumfeld.

In der Wahlperiode 2019-2024 brachte Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Erfurter Stadtrat den Antrag „Feministische Stadtplanung – Planungsqualität für alle steigern!“ ein (Erfurt 2023a). Ziel war eine gendersensible Stadt- und Verkehrsplanung, die bestehende Benachteiligungen identifiziert und abbaut. Vorgesehen waren u. a. die Entwicklung eines Konzepts, die Einführung einer Prüfliste für Stadtentwicklungspläne sowie Weiterbildungen für Mitarbeitende der Stadtverwaltung. Diese lehnte den Antrag mit Verweis auf bestehende Planungsinstrumente, fehlende Mittel und die Gefahr von

Doppelstrukturen ab. Bereits im Vorfeld des Antrags kam es zu öffentlichen Abwehrreaktionen. Der Vorstandsvorsitzende der Wohnungsbaugenossenschaft WBG Einheit gab in einem Interview mit der Thüringer Allgemeinen Zeitung (2023) an, sich „zutiefst beleidigt, diskriminiert und letztendlich rassistisch angegriffen" zu fühlen. Einzelne nicht betroffene Akteur*innen erhielten mediale Aufmerksamkeit, während betroffene Gruppen keine vergleichbare Möglichkeit zur Stellungnahme hatten.

Im Stadtrat erreichte die Debatte einen unsachlichen Höhepunkt, als Abgeordneten der Antragstellenden unter Verweis auf ihr Alter die fachliche Kompetenz abgesprochen wurde. Nachdem eine Stadträtin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Erfurt) den gestellten Antrag schlüssig begründete, folgte ein Redebeitrag eines SPD-Stadtrats (Erfurt 2023b). Unter Gelächter seiner Parteikolleg*innen teilte er der Stadträtin sowie einem weiteren Stadtrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Erfurt mit, sie seien „zu jung zum Mitreden". Die im Diskurs sichtbare paternalistische und adultistische Verschiebung von einer fachlichen hin zu einer altersbezogenen Legitimationsebene war für die Debatte weder sachlich angemessen noch inhaltlich anschlussfähig, da sie keinen Bezug zu feministischer Stadtplanung oder zum konkreten Antrag erkennen ließ.

Der Antrag verfolgte einen konstruktiv-kritischen Ansatz und unterstellte zu keinem Zeitpunkt bewusste Fehlplanung. Vielmehr wurden auf wissenschaftlicher Grundlage bestehende Defizite benannt, die der Stadtrat hätte aufgreifen können. Das Scheitern des Antrags ist daher weniger inhaltlich als politisch-kulturell zu erklären: Beobachtet wurde, dass verletzte männliche Befindlichkeiten und fehlende Diskursbereitschaft gegenüber feministischer Stadtplanung dazu führten, dass eine Weiterentwicklung der kommunalen Planung zugunsten von Frauen und *FLINTA**-Personen ausblieb. Parallel dazu arbeiteten SPD-Frauen in einer kommunalen Arbeitsgruppe unter dem Titel „Stadt der Frauen" an Aspekten wie Frauenarmut und Beteiligung, während die Beteiligung von Männern gering blieb und öffentliche Debatten weiterhin von Abwehrhaltungen geprägt waren. Schlussendlich erhielt der Antrag keine Mehrheit. Ein nicht beschlossener Antrag im Themenfeldkontext kann vor Ablauf einer Frist von einem Jahr nicht erneut eingereicht werden. Die Debatte zu feministischer Stadtentwicklung wurde damit für ein Jahr komplett stumm gestellt und in Erfurt seither nicht wieder aufgenommen.

Auf Bundesebene hat sich mit dem Begriff der „sorgenden Stadt" ein sprachlich anschlussfähiges, inhaltlich feministisches Konzept etabliert. Auf kommunaler Ebene lässt sich beobachten, dass feministische Stadtpolitik häufig begrifflich angepasst wird, um politische Mehrheiten zu erreichen.

Auf kommunaler Ebene lässt sich beobachten, dass feministische Stadtpolitik häufig begrifflich angepasst wird, um politische Mehrheiten zu erreichen.

Solange Care-Arbeit überwiegend von Frauen geleistet wird, bleibt Stadtentwicklung im Kern jedoch eine feministische Aufgabe.

Reflexion und Handlungsperspektiven

Warum feministische Stadtplanung in der Kommunalpolitik auf Widerstand stößt und welche Folgen dies für demokratische Teilhabe hat, lässt sich aus den Erfahrungen der Mehrwertstadt als vielschichtiges Problem beschreiben, dem auf unterschiedliche Weise begegnet werden muss.

Eine Ebene betrifft die Belastung der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder. Wie die Studie von Brandt et al. (2021) zeigt, nehmen die Aufgaben der ehrenamtlichen Entscheidungsträger*innen stetig zu, während die Zeit zur Einarbeitung in komplexe Themen abnimmt. Entsprechend notwendig sind unterstützende Zuarbeiten, klare und verständliche Formulierungen sowie gegebenenfalls neue Zuschnitte fachlicher Ausschüsse. Diese Unterstützung kann bis zu einem gewissen Grad durch die Verwaltung und die finanzielle Ausstattung der Fraktionen erfolgen. Unberücksichtigt bleiben dabei jedoch zunehmende parteipolitische Auseinandersetzungen, auf die die Studie ebenfalls verweist. Hinzu kommt, dass Lokalpolitiker*innen häufig über wenig vertieftes Wissen zur feministischen Stadtplanung verfügen. Mögliche Ursachen liegen in unterschiedlichen Erfahrungs- und Lebenshintergründen der Akteur*innen, die insbesondere in Alter und Geschlecht variieren, in landes- oder bundespolitischen Leitlinien mit geringem Fokus auf die Thematik sowie in emotionalen Faktoren, etwa der Annahme, bereits ausreichend Fortschritte erzielt zu haben. Persönliche Befindlichkeiten müssen daher strategisch sensibel mitgedacht werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist das Bewusstsein dafür, dass bereits der Begriff Feminismus bei bestimmten Gesprächspartner*innen Antipathie auslösen kann. Dieses Wissen ermöglicht es, Diskussionen strategisch zu strukturieren. Während für symbolische Auseinandersetzungen wissenschaftlich etablierte und zugleich polarisierende Begriffe geeignet sein können, erfordert das Ziel konkreter Veränderungen eine andere Sprache.

Aus den Erfahrungen der Mehrwertstadt zeigt sich, dass es sich in der kommunalpolitischen Praxis als zielführend erweist, positive Effekte für bestimmte Menschengruppen zu benennen und in Anträgen sowie Debatten hervorzuheben. Auf fachlich wissenschaftlicher und gesellschaftskritischer Ebene müssen Begriffe

Die Erfahrungen der Mehrwertstadt zeigen: Es ist zielführend, positive Effekte für bestimmte Menschengruppen zu benennen und in Anträgen sowie Debatten hervorzuheben.

zwingend trennscharf bleiben, um marginalisierte Gruppen weiter klar zu identifizieren und darüber für sie positive Maßnahmen zu entwickeln. Letztere sind dann im kommunalpolitischen Alltag diskutabel. Die Frage, die sich nicht nur in diesem Kontext stellt, bleibt, wie weit von Prinzipien, in diesem Fall auch von wissenschaftlicher Sprache, abgewichen werden kann, um Vorhaben umzusetzen. Dabei ist die mit einer solchen Strategie einhergehende Verschiebung von Sprache nicht zu vernachlässigen. Gerade auf kommunalpolitischer Ebene scheint es hilfreich, pragmatisch und diplomatisch vorzugehen und öffentlich bewusst auf sprachliche Prinzipien der wissenschaftlichen Ebene zu verzichten. Auf diese Weise können kommunalpolitische Handlungsspielräume erweitert werden, auch wenn Prinzipien dadurch Abwertung erfahren, eine Ambiguität, die es zur Verbesserung für alle mitunter auszuhalten gilt.

Abschließend lässt sich festhalten, dass es keine Universallösung gibt, um Widerstände gegen feministische Stadtplanung in der Kommunalpolitik zu vermeiden. Ziel der Mehrwertstadt ist es daher, kritische Themen kontinuierlich aufzugreifen und im Verlauf der Wahlperiode erneut einzubringen. Hilfreich erscheint zudem eine Debatte „für die Sache“, in der positive Effekte hervorgehoben werden, um Veränderungen im Stadtraum zu beschleunigen, die allen zugutekommen. Wichtig ist dafür, in den kommunalpolitischen Fraktionen mitzudenken, welche Perspektiven qua Besetzung der Ausschüsse fehlen könnten und diese bewusst bei sachkundigen Bürger*innen oder in den Geschäftsstellen über die Mitarbeitenden in die Planung und Beschlussvorlagen mit einzubringen. Stadtparlamente prägen Stadtentwicklung direkt und diese Prägung wirkt viele Jahre nach. Es handelt sich damit nicht nur um baulich weitreichende Beschlüsse, sondern auch um Beschlüsse, die gesellschaftliche Zugänge und Teilhabe massiv prägen und besser machen können.

Wichtig ist es, in den kommunalpolitischen Fraktionen mitzudenken, welche Perspektiven qua Besetzung der Ausschüsse fehlen könnten und diese bewusst bei sachkundigen Bürger*innen oder in den Geschäftsstellen über die Mitarbeitenden in die Planung und Beschlussvorlagen mit einzubringen.

Ein zentraler Auftrag besteht darin, die feministische Perspektive bewusst einzunehmen und kontinuierlich darauf hinzuwirken, dass sie mitgedacht wird. Solange entsprechende Positionen in Verwaltung und Politik nicht ausreichend divers besetzt sind, prägen weiterhin die Perspektiven und Lebensrealitäten derjenigen die Stadtplanung, die diese Positionen innehaben. Dadurch besteht die Gefahr, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung systematisch benachteiligt wird (Hoelzel 2025).

Luise Keffel ist Urbanistin und Kulturschaffende und schreibt in ihrer Rolle der Referentin für aktive Stadtgestaltung der Fraktion Mehrwertstadt im Stadtrat Erfurt.

Birgit Meusel ist Politikwissenschaftlerin und Beraterin für Demokratiestrategien, Beteiligung und Kommunikation. Sie schreibt in ihrer Rolle als Geschäftsführerin der Fraktion Mehrwertstadt.

Literaturverzeichnis

Brandt, Melina/Dehmel, Gregor/Dehmel, Monika/di Maio, Cristiana/Francke, Annika/Gurill, Linda Marie/Wagener, Paula (2021). Das kommunalpolitische Planetensystem? Zusammenspiel zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der Kommunalpolitik in Stadtentwicklungsprozessen. Online verfügbar unter https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publikationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._26_Das_kommunalpolitische_Planetensystem.pdf/ (abgerufen am 09.01.2026).

Criado-Perez, Caroline (2020). Unsichtbare Frauen. Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert. München, btb Verlag, 51–73.

Erfurt (2022). Gleichstellungsanalyse. Personalstatistik unter Beachtung der Grundlagen der Thüringer Gleichstellungsgesetzes. Zurzeit nicht veröffentlich. Das Dokument liegt der Fraktion Mehrwertstadt vor.

Erfurt (2023a). Bürgerinformationssystem der Landeshauptstadt Erfurt. Feministische Stadtplanung – Planungsqualität für alle steigern! Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Online verfügbar unter https://buergerinfo.erfurt.de/vo0050.asp?__kvonr=52659&voselect=87004844 (abgerufen am 30.01.2026).

Erfurt (2023b). Bürgerinformationssystem der Landeshauptstadt Erfurt. Sitzung des Stadtrates – 19.04.2023 – 17:03-21:18 Uhr. Niederschrift öffentlicher Stadtrat. Online verfügbar unter https://buergerinfo.erfurt.de/si0057.asp?__ksinr=87004844 (abgerufen am 07.04.2026).

Erfurt (2025a). Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse. Online verfügbar unter https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrecht/satzungen/110694.html (abgerufen am 16.01.2026).

Erfurt (2025b). Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr. Online verfügbar unter https://buergerinfo.erfurt.de/vo0050.asp?__kvonr=52659&voselect=87004844 (abgerufen am 30.01.2026).

Fabricius, Jojo/Gabauer, Angelika/Hübl, Susanne/Lamprecht, Inga/Müller, Hannah/Saltiel, Rivka (2025). Polylog: Sorgende Stadt zwischen Utopie und Strategie. sub\urban 13 (1). Online verfügbar unter https://irp.cdn-website.com/68cfe244/files/uploaded/13_M_Huebl_etAl_v4.pdf (abgerufen am 16.01.2026).

Fried, Barbara/Wischnewski, Alex (Hg.) (2024). Care-Arbeit vergesellschaften. Kommunalpolitische Werkzeugkiste für eine „sorgende Stadt“. Online verfügbar unter https://www.rosalux.de/publikation/id/52058/care-arbeit-vergesellschaften (abgerufen am 23.01.2026).

Hoelzel, Fabienne (2025). Feministische Stadtplanung. Deutsche BauZeitschrift. Online verfügbar unter https://www.dbz.de/artikel/feministische-stadtplanung-4265588.html (abgerufen am 16.02.2026).

Huning, Sandra/Müller, Hannah (2025). Caring Cities – Potenziale für eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung. Online verfügbar unter https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00070109/Huning%20Mueller%202025%20Caring%20Cities%20Bericht%20final.pdf 8 (abgerufen am 29.05.2026).

Jackowska, Oliwia/Novas Ferradás, María (2022). Who owns public spaces? The trailblazer exhibition on women's everyday life in the City of Vienna (1991). Planning Perspectives, 38(2), 253–279. Online verfügbar unter https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/02665433.2022.2074526 (abgerufen am 19.02.2026).

Jakubowski, Peter (2005). Den Stadtumbau flankieren – Was leisten neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung? Aus Politik und Zeitgeschichte. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29286/den-stadtumbau-flankieren-was-leisten-neue-kooperationsformen-in-der-stadtentwicklung/ (abgerufen am 12.12.2025).

Kern, Leslie (2020). Feminist City: Claiming Space in a Man-Made World. London, Verso.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hg.) (2022). KIM-Studie 2022. Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger. Online verfügbar unter https://mpfs.de/app/uploads/2024/11/KIM-Studie2022_website_final.pdf (abgerufen am 30.01.2026).

Robert Koch-Institut (Hg.) (2024). Bewegungsverhalten von älteren Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse der HBSC-Studie 2022 und Zeitverläufe seit 2009/10. Journal of Health Monitoring. Online verfügbar unter https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/11546/JHealthMonit_2024_01_Bewegung.pdf (abgerufen am 30.01.2026).

Subramanian, Aditi/Rice Cassandra (2023). Girls just wanna have fun. How do we design a better public realm for adolescent and teenage girls? Online verfügbar unter https://de.scribd.com/document/919135038/20240724-Incubator-Girls-Just-Wanna-Have-Fun-v3 (abgerufen am 29.05.2026).

The World Bank (Hg.) (2025). Closing Gender Gaps in Transport. A World of Reasons to Unlock Women's Potential in Transport. Online verfügbar unter https://www.worldbank.org/en/topic/transport/brief/closing-gender-gaps-in-transport (abgerufen am 30.01.2026).

Wetzel, Holger (2023). Grünen-Vorstoß lässt Erfurt über „weiße, heterosexuelle Männer" diskutieren, Thüringer Allgemeine vom 09.03.2023. Verfügbar unter: https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article237849923/Gruenen-Vorstoss-laesst-Erfurt-ueber-weisse-heterosexuelle-Maenner-diskutieren.html (abgerufen am 30.01.2026).

Wetzel, Holger (2024). Wie viele Frauen sitzen eigentlich im neuen Erfurter Stadtrat? Thüringer Allgemeine vom 28.05.2024. Online verfügbar unter https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/erfurt/article406443518/wie-viele-frauen-sitzen-eigentlich-im-neuen-erfurter-stadtrat.html (abgerufen am 30.01.2026).

„STADTPARLAMENTE PRÄGEN STADTENTWICKLUNG DIREKT UND DIESE PRÄGUNG WIRKT VIELE JAHRE NACH. ES HANDELT SICH DAMIT NICHT NUR UM BAULICH WEITREICHENDE BESCHLÜSSE, SONDERN AUCH UM BESCHLÜSSE, DIE GESELLSCHAFTLICHE ZUGÄNGE UND TEILHABE MASSIV PRÄGEN UND BESSER MACHEN KÖNNEN.“

Luise Keffel & Birgit Meusel